

Neutral: Die Niederlande und Belgien am Vorabend des Zweiten Weltkriegs*

Aus verschiedenen Gründen scheint es sinnvoll, in einer Analyse der internationalen politischen Krise am Vorabend des 2. Weltkriegs die Niederlande und Belgien gemeinsam zu betrachten. Im September 1939 verfolgten beide Länder eine Politik der Nicht-Einmischung bzw. der Unabhängigkeit, und erklärten sich zu dem Zeitpunkt selbst als neutral, als Großbritannien und Frankreich Deutschland wegen der deutschen Aggression gegenüber Polen den Krieg erklärten. Ihr Territorium war klein. Sie grenzten an den Angreifer vom September 1939, das nationalsozialistische Deutschland. Ihre Wirtschaft war in hohem Maße abhängig vom Außenhandel und internationalen Dienstleistungen. Belgien und die Niederlande arbeiteten gemeinsam mit den anderen sogenannten Oslo-Staaten gegen den wachsenden Protektionismus. Gemeinsam war ihnen die Mitgliedschaft im Völkerbund. Jedoch können auch Unterschiede zwischen den beiden Ländern genannt werden. Die Niederlande hatten eine lange und ununterbrochene Tradition der Politik der Nicht-Einmischung seit der Errichtung des Königreiches 1814, während Belgien 1914 die gewaltsame Verletzung seiner garantierten Neutralität durch das Deutsche Reich erfahren mußte. Nach dem Großen Krieg hatte es, bis zu seiner Rückkehr zu einer Politik der Neutralität - oder, in der damaligen Terminologie, 'einer Politik der Unabhängigkeit' - im September 1936, an der internationalen Politik der Zwischenkriegsjahre als ein Verbündeter Frankreichs und Großbritanniens teilgenommen. Obwohl beide Länder Kolonien besaßen, waren die niederländischen Kolonien im Fernen Osten durch die expansionistische Politik Japans stärker internationalem Druck ausgesetzt als die belgischen in Afrika. Eine genauere Betrachtung der inneren Situation lehrt, daß der zersetzende Einfluß der faschistischen Parteien auf das politische System in Belgien wesentlich größer als in den Niederlanden war, nicht so sehr wegen des Machtunterschieds und der Menge der faschistischen Parteien, sondern aufgrund der Trennung Belgiens in eine Französisch und eine Flämisch sprechenden Gemeinschaft und ihren Einfluß auf die Gesellschaftsstruktur. Natürlich könnten wesentlich mehr Unterschiede und Gemeinsamkeiten aufgelistet werden. Die angeführten Beispiele allein vermögen jedoch schon ein allgemeines Bild zu vermitteln.

Diese breite Beschreibung der internationalen Position beider Länder am Vorabend des 2. Weltkriegs deutet auch auf gemeinsame Interessen und Unter-

* Prof. Dr. Albert E. Kersten ist Professor für Geschichte der Diplomatie an der Rijksuniversiteit Leiden und Herausgeber der 'Documenten betreffende de Buitelandse Politiek van Nederland 1919-1945, Periode C: 1940-1945'. Der Beitrag ist die erweiterte Version eines Vortrages, den er an der Gesamthochschule Kassel gehalten hat.

Für die Übersetzung aus dem Englischen sei Frau Anja Chales de Beaulieu herzlichst gedankt.

schiede. Ein Vergleich zwischen der niederländischen und der belgischen Politik bezüglich der deutschen Bedrohung und der Sicherung ihrer internationalen Position, oder, um es anders auszudrücken: Die Sicherung ihrer territorialen Integrität könnte ihre Position erhellen. In beiden Ländern stand die internationale Position 1936 zur Diskussion, jedoch aus unterschiedlichen Ursachen. Auf belgischer Seite entstand die Diskussion aus der Auseinandersetzung um die zukünftige Strategie und um das 1920 mit Frankreich geschlossene Militärabkommen. Der niederländische Rückblick auf die eigene internationale Position entsprang dagegen dem Verlust an Vertrauen in das System der kollektiven Sicherheit des Völkerbundes. Das Resultat beider Prozesse war die Neudefinition der internationalen Stellung, war eine Rückkehr zur traditionellen Neutralität.

Diese Rückkehr zu einer Politik der Neutralität sollte man sowohl für die Niederlande als auch für Belgien als einen mehr oder weniger autonomen Prozeß betrachten, als die logische Konsequenz der Verschlechterung der internationalen Situation, die die Sicherheiten, die bislang hatten genossen werden können, nicht länger bot. Trotzdem kann man die Frage stellen, warum beide Länder die Rückkehr zu einer Politik der Bündnisfreiheit und der daraus folgenden Verwundbarkeit wählten. Waren sich die Regierungen der Risiken bewußt, die sie angesichts der wachsenden internationalen Spannung auf sich nahmen? Warum glaubten sie, daß sie sich von der aufkommenden internationalen Krise isolieren könnten? Sahen sie in dem Ausbruch aus dem internationalen, kollektiven Sicherheitssystem einen besseren Schutz als in irgendeiner Art offener oder geheimer Kooperation mit Großbritannien und Frankreich als möglichen Führern einer zukünftigen Allianz gegenüber einem aggressiven Deutschland? Aus welchem Grund verwarfen sie eine derartige politische Linie? Waren ihre Hoffnungen auf eine Beachtung ihrer Neutralität stärker als ihr abnehmender Glaube auf die Verlässlichkeit der britischen und französischen militärischen Fähigkeiten? Die Antworten auf diese Fragen können den belgischen und niederländischen Blick auf die internationale Position und das Dilemma, in dem sie sich inmitten des sich zusammenbrauenden Sturmes zu Ende der Dreißiger Jahre befanden, erhellen.

Belgiens Entscheidung für eine unabhängige internationale Position im Jahre 1936

Trotz seines Beitrags zu den alliierten militärischen Anstrengungen während des 1. Weltkriegs war der belgische Anteil an den Pariser Friedensverhandlungen bescheiden. Zwar wurde seine Position als eine der kriegsführenden Mächte im europäischen Krieg durch die Erhebung der diplomatischen Beziehungen mit den Großmächten zum Botschafterstatus anerkannt, aber seine weitere Behandlung war die eines Kleinstaates. Die Ansprüche auf niederländisches Territorium wurden zurückgewiesen, die Bemühungen um eine Änderung des Vertrages von 1839 waren an bilaterale belgisch-niederländische Verhandlungen verwiesen worden.¹ Der einzige Vorteil der Allianz war der Sitz in den Kommissionen, die die Aus-

¹ S. MARKS, *Innocent Abroad. Belgium at the Paris Peace Conference of 1919*, Chapel Hill 1981, S. 105-307.

führung des Versailler Friedensvertrages in Deutschland kontrollierten. Die Sicherheitslage hatte sich durch das Militärabkommen mit Frankreich von 1920 verbessert, aber eine Ausdehnung nach Großbritannien wurde von Whitehall abgelehnt.² Diese militärische Verbindung mit Paris unterstützte Außenminister Hymans' Politik der engen Zusammenarbeit mit Frankreich. Die Ruhrbesetzung von 1923 und ihre Ergebnisse hatte einen 'Kater' in Belgien hinterlassen. Der Locarno-Vertrag von 1925 schien jedoch eine wesentlich bessere Perspektive für Belgiens Sicherheit zu bieten, da Großbritannien an diesem System der gegenseitigen Garantien für die territoriale Integrität der westlichen Nachbarn Deutschlands unter der Ägide des Völkerbundes teilnahm.³

Dies verbesserte allmählich die internationale Position Belgiens, die jedoch in den dreißiger Jahren innenpolitisch angegriffen und international ausgehöhlt wurde. Für das Verständnis der Veränderungen im Jahr 1936 sind die Voraussetzungen im Inneren äußerst wichtig. Trotz seiner geographisch exponierten Position hatte Belgien in den 20er Jahren kein solides Verteidigungssystem aufgebaut. Die sich verbessernde internationale Position hatte es der Nachfolge-Regierung ermöglicht, den schwierigen Punkt einer Erhöhung der Militärausgaben zu vermeiden, ein Thema, das in einer Konfrontation mit den antimilitaristischen Gruppen der Sozialisten und Katholiken geendet haben würde. Im Zuge der wirtschaftlichen Depression verringerten sich die Verteidigungsausgaben sogar noch. Diese öffentliche Barriere bezüglich Verteidigungsfragen wurde von einem Streit über Militärstrategien flankiert, dessen Konsequenzen die beiden großen sprachlichen Unterteilungen der Bevölkerung betrafen. Die sogenannte Maglin-Schule favorisierte eine integrale Verteidigung der Grenze. Dieser Ansatz beinhaltete komplizierte Grenzbefestigungen und eine große Anzahl Wehrpflichtiger. Das Programm erlangte die Unterstützung der Wallonischen Liberalen Partei, da es den Schutz der Französisch sprechenden Provinzen Belgiens sicherte. Wesentlich für diese Strategie war eine französische militärische Unterstützung. Die oppositionelle Galet-Schule bevorzugte eine Verteidigung der Maas und Schelde mit Lüttich und Antwerpen als wichtigste Festungen. Im schlimmsten Fall konnte der Widerstand hinter der Schelde weitergeführt werden, und diese Verteidigungslinie konnte mit britischer Unterstützung sehr lange gehalten werden. Diese Strategie verlangte eine kleine, gut ausgerüstete Armee, aber sie ließ die wallonischen Provinzen ungeschützt. Sie wurde von den flämischen Parteien und von König Leopold, dem Oberbefehlshaber in einem künftigen Krieg, favorisiert.

Diese zwei Konzepte strategischen Denkens hatten charakteristische Züge. Der maglinsche Ansatz paßte zur französischen Verteidigungsstrategie der Grenze hinter der Maginot-Linie. Obwohl er sich nicht klar auf die militärische Kooperation mit Frankreich bezog, paßte er gut zur Stärkung des Militärabkommens mit Frankreich. Die galetsche Strategie bezog sich nicht in erster Linie auf die fran-

² S.MARKS, *Ménage à trois: the Negotiations for an Anglo-French-Belgian Alliance in 1922*, in: *International History Review* 4 (1982), S. 524-552.

³ J.E. HELMREICH, *Belgium and Europe. A Study in Small Power Diplomacy*, Den Haag/Paris 1976, S. 268-396.

zösische Verbindung. Sie sah eine natürliche belgische Festungslinie mit der letzten Zuflucht an einer Linie vor, die man mit britischer Hilfe für verteidigungsfähig hielt. Als in den 30er Jahren die Notwendigkeit einer Verbesserung der belgischen Verteidigung Priorität gewann, mußte dieses Dilemma gelöst werden. Die Debatte wurde durch den Vorschlag des Verteidigungsministers Devèze im Van Zeeland Kabinett (1935-1936), der eine Verlängerung der Wehrpflicht von acht auf achtzehn Monate vorsah, initiiert. Als Führer der Wallonischen Liberalen Partei wurde Devèze verdächtigt, den maglinschen Ansatz zu unterstützen. Der Minister argumentierte jedoch, daß allein die sich langsam verschlechternde internationale Situation diesen Vorschlag veranlaßt hätte. Belgien zu einer Verbesserung der Verteidigung zu vereinen, verlangte mehr als die ehrliche Darlegung der Argumente seitens des Verteidigungsministers; es verlangte einen Tribut, nämlich das Militärabkommen mit Frankreich aus dem Jahr 1920. Dies bringt uns zu einem Blick auf die internationalen Verhältnisse, die die Veränderung der internationalen Position Belgiens beeinflussten.⁴

Die generelle Bereitschaft, das Militärabkommen zu beenden, resultierte aus einer beträchtlichen und weit verbreiteten Menge negativer Gefühle gegenüber Frankreich. Die Behandlung als "les petits belges" wurde als gönnerhaft erfahren. Neben diesem psychologischen Faktor gerieten die präziseren wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Kielwasser der ökonomischen Krise in den Vordergrund. Belgische Importe nach Frankreich wurden durch stark protektionistische Tarife und quantitative Beschränkungen behindert. Grenzgänger wurden in Frankreich bei den Löhnen diskriminiert, und die antifranzösischen Gefühle wuchsen noch, als ihre Zahl beschränkt wurde. Unter den Politikern hatte der französisch-sowjetische Vertrag der gegenseitigen Hilfe vom Mai 1935 eine wesentlich größeren Wirkung. Das belgische Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion verschwand 1935 nicht mit ihrer Anerkennung, denn dies war eine Konzession an die Sozialistische Partei für ihre Mitarbeit im Kabinett Van Zeeland. Die negative Haltung gegenüber dem Kommunismus hatte aber außerhalb der Sozialistischen Partei überlebt. Die Formierung des 'Volksfront'-Kabinetts in Frankreich erschütterte das belgische Vertrauen in die französische Regierung noch mehr. Hatte die internationale Szene 1934 durch Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund an Stabilität verloren, so schien Frankreichs Allianz mit der Sowjetunion und sein System der bilateralen Allianz in Osteuropa ebenso sehr zur internationalen Destabilisierung beizutragen. Unter allen belgischen Politikern in Brüssel wuchsen Zweifel bezüglich der Verlässlichkeit Frankreichs. Frankreich könnte sich 'in gefährliche Abenteuer' einlassen und würde Belgien mit in einen Krieg ziehen, falls das Land der UdSSR militärische Unterstützung zu leisten hätte. Die ideologische Dimension der Allianz Frankreichs mit der UdSSR und die Konsequenzen dieser Ausdehnung des französischen Allianzsystems in Osteuropa machte ihren südlichen Nachbarn für Wallonen und Flamen gleichermaßen weniger attraktiv für eine 'besondere Beziehung'. Die Flamen führten ihre Opposition gegenüber dem Militärabkommen und seinen vermuteten geheimen Zusätzen als ein Merkmal der besonderen Beziehung

⁴ O. KIEFT, *Belgiums Return to Neutrality. An Essay in Frustration of Small Power Diplomacy*, Oxford 1972, S. 40-48.

fort, während die wallonischen Konservativen die Kündigung aus ideologischen Gründen vorzogen. Im Herbst 1935 entschied sich das belgische Kabinett für den Rücktritt vom Militärabkommen mit Frankreich.⁵

In der folgenden Diskussion mit Paris wurde die belgische Sicht der internationalen Position des Landes deutlich. Belgien beabsichtigte zur Stabilität in Europa beizutragen, aber das Abkommen mit Frankreich von 1920 war ein ernstes Hindernis für eine solche Politik. Zum ersten war der Vertrag selbst überaltet, während andere Länder, besonders Deutschland, seinetwegen mißtrauisch waren, da sie glaubten es diene einer vereinten offensiven Aktion. Eine Militärreform in Belgien würde aufgrund der Opposition der flämischen Parteien so lange unmöglich sein, wie das Abkommen in Kraft war. Tatsächlich blockierte das Abkommen einen belgischen Beitrag zur internationalen Stabilität. Seine Kündigung würde einen Weg zur inneren Militärreform öffnen und deshalb zu einer Verbesserung der Unterstützung der internationalen Politik als Mitglied des Völkerbundes und Unterzeichner des Locarno-Vertrages führen. Deutschlands Mißtrauen würde ebenso abnehmen, während die militärische Kooperation zwischen Frankreich und Belgien durch die Kündigung nicht verletzt würde, da die Besprechungen des technischen Stabes unter dem Schutz der Verpflichtungen des Locarno-Vertrages abgehalten werden konnten.⁶ Alles in allem versuchte die Regierung in Brüssel Paris davon zu überzeugen, daß sie sich nicht durch irgendwelche internationale Verpflichtungen absondern wollte und daß sie ebensowenig ihre militärischen Beziehungen mit Frankreich zerstören wollte. Belgien schwieg bewußt über das Ende der besonderen Beziehung mit Frankreich. Als sich ein Kompromiß über eine Vertragsrevision als unerreichbar erwiesen hatte, beschlossen Paris und Brüssel die Kündigung. Ein Austausch identischer Briefe am 6. März 1936 gab dieser Entscheidung eine feste Form.⁷ Der erste Schritt in Richtung einer Neudefinition der internationalen Position Belgiens war gemacht. Am nächsten Tag marschierten deutsche Truppen im Rheinland ein.

Die belgische Haltung gegenüber Frankreich und Großbritannien wurde dadurch nicht fundamental beeinflußt. Brüssel nahm aktiv an den häufigen diplomatischen Diskussionen zum Wiederaufbau des Locarno-Garantie-Systems teil, aber es war deutlich, daß sich das Land von der französischen Politik distanzierte und sehr eng an die konziliantere britische Politik heranrückte. Dies verursachte beträchtliche Irritationen in Paris, besonders als die belgischen Repräsentanten den Beginn der Stabsgespräche so lange als möglich herauszuschieben trachteten. Dieser Neuorientierung nach Großbritannien wurde durch die Bitte um die Versorgung mit militärischer Ausrüstung und um Schutz der belgischen Küste Nachdruck

⁵ Ebd., S. 49-52.

⁶ CH. DE VISSCHER/F. VANLANGENHOVE (Hrsg.), *Documents Diplomatiques Belges 1920-1940. III, 1931-1936* (hiernach zitiert als: *DDB, III*), Brüssel 1964, S. 456-460.

⁷ Ebd., S. 494-495.

verliehen.⁸ Der 'Quai d'Orsay' zeigte wenig Verständnis für die sich verändernde belgische Haltung. Statt der inneren Situation in Belgien und den Voraussetzungen für die Schaffung einer nationalen Einheit hinsichtlich der Verteidigungspolitik Aufmerksamkeit zu schenken, fuhr er mit seiner bevormundenden Politik gegenüber Belgien fort. Diese Haltung trug zu der Brüsseler Abneigung bei und bestärkte die belgische Meinung, daß "der im wesentlichen legalistische, theoretische und olympische Geist des Quai d'Orsay für alle Probleme des praktischen Realismus unzugänglich" war.⁹ Die belgische Regierung blieb jedoch bei ihrer Priorität für die innere Einheit und Stabilität und machte ihre internationalen Verpflichtungen davon abhängig.

Das Ende dieses Prozesses kam am 14. Oktober, als sich König Leopold III. an das Kabinett wandte. Er erklärte, daß "unsere Militärpolitik, ebenso wie unsere Außenpolitik, auf der sie beruht, nicht darauf zielen sollte, in Folge einer Koalition, einen mehr oder weniger erfolgreichen Krieg vorzubereiten, sondern Krieg von unserem Territorium fernzuhalten".¹⁰ Die Wiederbesetzung des Rheinlandes hatte das Land fast wieder in seinen internationalen Vorkriegsstatus zurückversetzt. Die Unterhaltung einer militärischen Streitmacht würde ausreichen, um jeden seiner Nachbarn davon abzubringen, belgisches Territorium zu verletzen, während es ein anderes Land angriff. So würde Belgien seinen Beitrag zum Frieden in Westeuropa leisten. Das Kabinett unterstützte die Sichtweise des Königs völlig, der tatsächlich den Meinungen Ausdruck verlieh, die im Außenministerium und im Kabinett seit Anfang 1936 gewachsen waren. Die Veröffentlichung dieser königlichen Rede vervollständigte die Neudefinition der internationalen Position Belgiens. Sie wurde von allen politischen Parteien unterstützt und trug entscheidend zur Billigung des Gesetzes zur Verlängerung der Wehrpflicht bei.

Diese Veränderung der internationalen Position Belgiens wurde auf verschiedene Arten interpretiert. Sie wurde nicht durch den Zusammenbruch des Locarno-Systems nach der Remilitarisierung des Rheinlandes im März 1936 verursacht. Jedoch wurde dieser Prozeß durch die deutsche Aktion beschleunigt und vertieft. Wenn man versucht, die zukünftige Linie der belgischen Politik nach der am 6. März 1936 mit Frankreich getroffenen Vereinbarung über die Kündigung des Militärabkommens von 1920 - ohne das schicksalshafte Ereignis vom 7. März - zu bestimmen, so wäre eine Kündigung der Locarno-Verpflichtungen so lange undenkbar, wie die anderen Partner das System unterstützten. Eine derartige Sicht kann ziemlich unrealistisch genannt werden, da der Völkerbund mit dem Scheitern der Wirtschaftssanktionen gegen Italien im Abessinischen Krieg aufgrund der britisch-französischen Intervention im Vorjahr, einen schweren Schlag erlitten hatte. Die solide Basis des Locarno-Vertrages verschwand schon vor dem 7. März 1936. Es war die allgemeine Verwirrung der internationalen Situation, die den belgischen Verteidigungsminister dazu gebracht hatte, sein Verteidigungsgesetz, das so viel

⁸ KIEFT (wie Anm. 4), S. 56-57.

⁹ Zitiert nach: *DDB* (wie Anm. 6), IV, S. 406.

¹⁰ *Ebd.*, IV, S. 326.

innerstaatliche Unruhe hervorrief, einzuführen. Man kann weder den Minister Devèze noch die belgische Regierung dafür tadeln, daß sie einen schnellen Zusammenbruch des Locarno-Systems nicht in Erwägung zogen. Ebenso sollte man die Unzufriedenheit aufgrund der besonderen Beziehung mit Frankreich nicht überbetonen. Natürlich kann man nicht leugnen, daß Brüssel seine Beziehungen zu Paris auf ein niedrigeres Niveau herabdrücken wollte, während es versuchte, seine Beziehung zu Großbritannien, das im Allgemeinen eine eher nachsichtige Politik gegenüber Deutschland führte, zu stärken. London jedoch zeigte gegenüber Brüssel keine allzu große Zuneigung. Eine Kombination aus Besorgnis über die sich verschlechternde Situation in Europa, die Notwendigkeit, die innere Einheit zu erhalten und die Sorge über den destabilisierenden Einfluß der 'Volksfront'-Regierung bezüglich der Osteuropapolitik, trugen zur Neudefinition der internationalen Position Belgiens 1936 bei.

Der niederländische Abschied von der kollektiven Sicherheit, 1936-1937

Die niederländische Neutralität wurde im Land nicht diskutiert. Sie wurde generell als die beste Basis für die internationale Position gesehen und auch als ein wichtiger Beitrag zur internationalen Stabilität. Die Regierungsentscheidung von 1919, dem Völkerbund beizutreten, wurde nicht von allen Parteien begrüßt. Die Organisation wurde als Bund von Siegern angesehen, die mit internationalen Schwierigkeiten auf der Basis von Macht umgehen würde. Einer solchen Organisation beizutreten, wurde als gegensätzlich zu den Prinzipien der niederländischen Außenpolitik, nämlich die Förderung von internationalem Gesetz und Recht als Basis internationaler Politik, betrachtet. Die Satzung des Völkerbundes enthielt keinen Hinweis darauf, daß es die Arbeit der Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 fortsetzen würde. Indem die Niederlande jedoch dem selbstaufgelegten Ruf als Eckstein der friedlichen Beziehungen in der Welt folgten, wurde die Entscheidung für eine Mitgliedschaft im Völkerbund getroffen. Dies hieß aber nicht, daß alle Vorbehalte gegenüber dieser neuen Organisation verschwunden waren. In Zusammenarbeit mit den anderen sogenannten 'ex-neutralen' Staaten, versuchte Holland die Vertragsverpflichtungen zu beschränken.¹¹ Im allgemeinen unterstützte die niederländische Regierung die Aktivitäten des Völkerbundes, ohne ihre traditionelle Politik der Nichteinmischung aufzugeben. Ihre Bindung an die traditionelle internationale Position der Nichteinmischung in die Politik der Großmächte wurde unmißverständlich von Außenminister Van Karnebeek in seinem Konzept der "zelfstandigheidspolitiek" (Politik der Unabhängigkeit) ausgedrückt, einer Politik, die allgemeine Unterstützung fand. Seiner Meinung nach war die Unabhängigkeit der Niederlande eine Voraussetzung für das Gleichgewicht der

¹¹ A.F. MANNING, *Nederland en het buitenland 1918-1940*, in: *Geschiedenis van het moderne Nederland. Politieke, economische en sociale ontwikkelingen*, Houten 1988, S. 450-452; A.E. KERSTEN, *De houding van de Nederlandse regering en ontwapening in verband met de Volkenbond 1918-1924*, unveröffentlichte Magisterarbeit, Katholieke Universiteit Nijmegen, 1969.

Mächte in Europa und damit für den Frieden. Es war die niederländische Berufung, die internationale Ordnung zu fördern, aber aufgrund ihrer geographischen Position waren sie zur funktionalen Neutralität bestimmt, einer Neutralität, die für die anderen europäischen Staaten von Vorteil war.¹²

Die geistige Reserviertheit gegenüber dem Völkerbund hatte die niederländische Teilnahme an den Aktivitäten des Völkerbundes nicht behindert. Im Gegenteil, die niederländische Regierung zeigte sich als loyales Mitglied und entwickelte ein hohes Maß an Vertrauen in den Völkerbund als Garant des internationalen Friedens, besonders als nach Deutschlands Eintritt 1926 das 'Siegerimage' verschwunden war. Der Umgang mit der Mandschurei-Krise, der Fehlschlag der Abrüstungskonferenz und der Austritt Deutschlands 1934 hatte den niederländischen Glauben in die Stärke des Völkerbundes jedoch beeinträchtigt. Es waren dennoch erst die Abessinien-Krise und die britisch-französische Mißachtung des Völkerbundes mit ihrer unabhängigen Aktion gegenüber Italien, nachdem der Völkerbund über Italien Wirtschaftssanktionen verhängt hatte, die die niederländische Regierung davon überzeugten, daß die kollektive Sicherheit des Völkerbundes eine leere Nußschale war. Außenminister de Graeff überlegte, den Völkerbund zu verlassen, so schrieb er jedenfalls im Dezember 1935 an den Gesandten in Berlin und Freund Graf van Limburg Stirum.¹³ Eine derart resolute Entscheidung wurde jedoch nicht getroffen. Der Unglauben an die Macht des Völkerbundes, seine Rolle als Friedensbewahrer zu erfüllen, trat in den Vordergrund, als am 1. Juli 1936 die Niederlande gemeinsam mit den anderen sogenannten Oslo-Staaten in der 'Erklärung von Kopenhagen' feststellten, daß sie nicht automatisch Wirtschaftssanktionen nach Artikel 16 der Satzung des Völkerbundes ausführen würden. Sie behielten sich das Recht vor zu untersuchen, ob die Sanktionen mit Recht verhängt worden waren.¹⁴

Man könnte schließen, daß die niederländische Regierung aus der internationalen Situation den gleichen Schluß gezogen habe, wie die Belgische. Sie hatte tatsächlich die lebenswichtige Verpflichtung des Abkommens zurückgewiesen und war so zu einer Politik der völligen Neutralität zurückgekehrt. Diese Entscheidung war jedoch nicht das Ende der Entwicklung. Sie war das Ende nur der ersten Phase. Gleiches kann über Belgien gesagt werden. Im Juli 1936 zogen sich beide Länder gemeinsam mit den skandinavischen Mitgliedern der Oslo-Gruppe von dem

¹² H.A. VAN KARNEBEEK, *De internationale positie van Nederland in de laatste veertig jaar*, 's-Gravenhage 1938, S. 11; A.A.H. STRUYCKEN, *De hoofdtrekken van het Nederlandsch buitenlandsch beleid*, Arnhem 1923, S. 18; C.B. WELS, *The Foreign Relations of the Netherlands between 1813 and 1945*, in: *Aloofness and Neutrality. Studies on Dutch Foreign Relations and Policy-making Institutions*, Utrecht 1982, S. 80-82.

¹³ W.J.M. KLAASSEN (Hrsg.), *'Voor U persoonlijk'. Brieven van minister van buitenlandse zaken jhr. A.C.D. de Graeff aan gezant J.P. graaf van Limburg Stirum (1933-1937)*, 's-Gravenhage 1984, S. 116.

¹⁴ G. VAN ROON, *Kleine landen in crisistijd. Van Oslostaten tot Benelux 1930-1940*, Amsterdam/Brüssel 1985, S. 188-192.

ausgehöhlten kollektiven Sicherheitssystem des Völkerbundes zurück. Sie retteten sich jedoch nicht in den faktisch wiedererlangten neutralen Status. Sie optierten für eine neue Sicherheitsgarantie, ohne selbst beteiligt zu sein. Sie zogen eine einseitige Garantie ihrer territorialen Integrität durch die sie umgebenden Mächte, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, vor.

Das Konzept einer derartigen einseitigen Garantie der territorialen Integrität der Niederlande und Belgiens mit der Verpflichtung, diesen Ländern militärische Unterstützung in dem Fall zu gewähren, daß ihr Gebiet aufgrund eines Krieges zwischen den drei europäischen Großmächten verletzt würde, war im niederländischen Außenministerium im April 1936 entworfen worden. Es kam in die internationale Diskussion nach Hitlers Angebot, den neutralen Status Hollands und Belgiens anzuerkennen. Beide Regierungen erklärten, daß sie nicht an einseitigen Erklärungen interessiert seien und betonten gleichzeitig nachdrücklich, daß sie nicht willens seien, neue Verpflichtungen einzugehen.¹⁵ Die belgische Position war, im Vergleich zur niederländischen, wesentlich günstiger, da Frankreich, Großbritannien und Deutschland Belgien eine Garantie nach dem Zusammenbruch des Locarno-Systems schuldeten. Der belgische Außenminister, P.H. Spaak, versuchte die Garantie für Belgien und die Niederlande zum ersten Schritt für ein neues Sicherheitssystem in Westeuropa zu machen, aber er traf in Paris auf starken Widerstand. Delbos fürchtete, daß Hitler die Konstruktion eines solchen Systems nach der ersten Phase beenden würde und Frankreich mit leeren Händen dastünde. Im April entbanden Frankreich und Großbritannien Belgien von seinen Locarno-Verpflichtungen, während sie ihre eigenen Verantwortlichkeiten behielten. Im Oktober 1937 wurde dieses Konstrukt der einseitigen Erklärungen für die belgische Unabhängigkeit durch eine deutsche Erklärung vervollständigt.¹⁶ Unabhängige niederländische diplomatische Schritte in London und Berlin, ähnliche Erklärungen zu erhalten, endeten ohne Ergebnis. Großbritannien war nicht daran interessiert, neue Verpflichtungen einzugehen und Deutschland fragte nach niederländischen Verpflichtungen zur militärischen Unterstützung gegenüber einem Aggressionsopfer.¹⁷

Die belgische und niederländische Reaktion auf den deutschen Vorschlag einer Garantie ihrer neutralen Position, waren Ausdruck ihrer großen Unsicherheit bezüglich der internationalen Lage und des Bewußtseins, daß eine Rückkehr zur strikten Neutralitätspolitik der Vergangenheit unmöglich geworden war. Ebenso brachten ihre Vorschläge zu Tage, daß sowohl Belgien wie auch die Niederlande den Eindruck hatten, sich nicht mehr auf ihre traditionellen Schutzmächte, also Frankreich und Großbritannien, verlassen zu können. Brüssel hatte seinen Vertrau-

¹⁵ W.J.M. KLAASSEN, *Het plan-Snouck Hurgronje, een staal van Nederlandse afzijdigheidspolitiek in 1936-1937*, in: *Jaarboek van het Ministerie van Buitenlandse Zaken 1982-1983*, 's-Gravenhage 1984, S. 165-173.

¹⁶ KIEFT (wie Anm. 4), S. 156-179.

¹⁷ H.P. WAALWIJK, *Whitehall en Plein. De betrekkingen tussen Groot-Brittannië en Nederland 1930-1940*, o.O. 1985, S. 136-152.

ensverlust gegenüber Frankreich durch die Kündigung des Militärabkommens von 1920 demonstriert. Die Niederlande zeigten implizit ihre Bewertung des Fehlens eines europäischen Gleichgewichts der Mächte, indem auch sie eine kollektive Garantie suchten.

Diese lange Abhandlung über die sich verändernde internationale Position sowohl Belgiens als auch der Niederlande und ihre 'Rückkehr' zu einem neutralen oder unabhängigen Status fordert zu Schlußfolgerungen auf, bevor wir uns der unmittelbaren Vorkriegszeit zuwenden. Als erstes sollte betont werden, daß sich beide Länder der wachsenden internationalen Spannung und der Drohung, die von Deutschland ausging, bewußt waren. Während das Netz der Achse enger wurde, beobachteten sie keine gemeinsame westeuropäische Antwort von Großbritannien und Frankreich. Beide Mächte schienen unwillig, Deutschlands aggressiver Politik ein Ende zu machen, ebensowenig zeigten sie eine Neigung, den Völkerbund als allein übriggebliebenen Rahmen der internationalen Zusammenarbeit zu stärken. Ein klares anglo-französisches Konzept, das das gestörte Vertrauen der kleinen Staaten in die Führung der nicht-aggressiven Staaten hätte wieder herstellen können, konnte nicht festgestellt werden. Diese Unsicherheit über die Verlässlichkeit ihrer zukünftigen Partner entsprang nicht allein den Veränderungen im Bereich der kollektiven Sicherheit. In den internationalen Wirtschaftsbeziehungen hatten die kleinen Staaten die protektionistische Politik Frankreichs und Großbritanniens erfahren. Frankreich hatte sich hinter riesige Tarifwälle zurückgezogen, die mit Quotenbeschränkungen verstärkt wurden, und Großbritannien hatte sich in dem Commonwealth-Präferenz-System verschanzt. Insgesamt war die Politik Frankreichs und Großbritanniens nicht dazu angetan, in den Kleinstaaten Vertrauen auf eine gemeinsame Zusammenarbeit gegen Deutschland und Italien zu wecken. Die Möglichkeit der Kooperation mit kleineren Staaten waren einladend und attraktiv, mußten aber im Umfang beschränkt werden. Bezüglich der Sicherheit hatte diese Zusammenarbeit wegen des Mangels an militärischer Stärke keine Auswirkung. Die Bemühungen zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Koordinierung der sogenannten Oslo-Gruppe, die 1930 entstand, erwies sich bald als nebensächlich, da die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit dieser Staaten relativ unbedeutend war. Ihre wichtigsten Handelspartner waren entweder Deutschland oder Großbritannien und auf beiden auswärtigen Märkten waren sie Konkurrenten.¹⁸ Obwohl ihr Zusammenschluß als Ausdruck ihrer Besorgnis über die internationale Situation gesehen werden kann, bildete er keine Basis für eine effektive Zusammenarbeit. Was den Umgang mit der wachsenden Krise betrifft, verließen sie sich auf die großen Mächte. Dies gilt mit Sicherheit für Belgien und Holland, deren geographische Position sie im Falle eines bewaffneten Konflikts zwischen Deutschland auf

¹⁸ VAN ROON (wie Anm. 14) gibt ein positiveres Bild der Möglichkeiten für eine internationale Einflußnahme der Oslo-Gruppe; er tadelt besonders die niederländische Regierung dafür, daß sie der Osloer Kooperative zu wenig Unterstützung gewährt habe, und daß sie ihre auswärtige Wirtschaftspolitik zu sehr an Deutschland angepaßt habe. Dadurch hatte sie ihre wirtschaftliche Abhängigkeit vom nationalsozialistischen Deutschland erhöht.

der einen Seite und Frankreich und Großbritannien auf der anderen Seite sehr gefährdet scheinen ließ.

Die Haltung gegenüber Deutschland

Bislang wurde auf Hitlers expansionistische Politik indirekt als Grund zur Besorgnis für die belgische und niederländische Regierung verwiesen. Die wachsende Spannung und die Destabilisierung Europas waren Folgen von Hitlers Bruch des Versailler Vertrages. Das Fehlen eines angemessenen englisch-französischen Versuches, diese Politik zu stoppen, bildete das andere Element in diesem Zusammenhang. Um die Außenpolitik sowohl Belgiens als auch der Niederlande besser zu verstehen, müssen ihre Reaktionen auf die Außenpolitik der großen Mächte näher untersucht werden. Jedoch kann eine solche Analyse nicht gemacht werden, ohne den Meinungen bezüglich der Entwicklungen im Inneren dieser Länder, besonders in Deutschland, Aufmerksamkeit zu widmen.

Die allgemein positive Haltung der Niederländer gegenüber Deutschland änderte sich, als Hitler 1933 Kanzler wurde. Im allgemeinen stand die niederländische Presse den Entwicklungen im Inneren Deutschlands sehr kritisch gegenüber, namentlich der Unterdrückung der Gegner des Nazi-Regimes und der antisemitischen Politik. Diese kritische und negative Haltung wuchs in den Jahren nach 1933 im gleichen Maße wie die Aufmerksamkeit gegenüber Deutschland: Deutschland wurde zu einem Dauerbrenner in der niederländischen Presse. Die Außenpolitik der Nazis erhielt beträchtliche Aufmerksamkeit. Mit der Ausnahme des *De Standaard*, der Zeitung der kalvinistischen Partei von Premier H. Colijn, demonstrierten die anderen führenden Zeitungen einen Vertrauensmangel in die Verlässlichkeit Hitlers internationaler Politik der 'faits accomplis'. Der liberale *Nieuwe Rotterdamsche Courant* und die sozialistische *Het Volk* waren die offensten Repräsentanten dieser Haltung. Die katholische *De Maasbode* zeigte anfangs Vertrauen in Hitlers Außenpolitik, nahm aber langsam eine kritischere Haltung ein. Hitlers Politik gegenüber dem katholischen Österreich und der 'bestialische Mord' an Dolfuss rief sehr kritische Analysen hervor, die den Drang nach Expansion und den rassistischen Charakter der Politik Hitlers aufzeigten. Im Januar 1936 war der *De Standaard* immer noch im Zweifel, ob das erfolgreiche und starke Deutschland eine gute oder eine schlechte Rolle in Europa spielen würde. Diese Zeitung vertraute der Vernunft der deutschen Führung und analysierte die Ziele der nationalsozialistischen Außenpolitik nicht wie es die anderen Zeitungen taten.¹⁹

Während der ersten Ära des friedlichen Expansionismus Hitlers, 1936-1938, zeigte die niederländische Presse einige bemerkenswerte Veränderungen in ihrer Haltung gegenüber Deutschland. Infolge interner Veränderungen nahm der *Nieuwe Rotterdamsche Courant* eine neutralere und weniger konsequente Position bezüglich der nationalsozialistischen Außenpolitik ein, indem er die Möglichkeiten

¹⁹ F. VAN VREE, *De Nederlandse pers en Duitsland 1930-1939. Een studie over de vorming van de politieke opinie*, Groningen 1989, S. 318-325.

bezüglich der Ziele offen hielt.²⁰ Trotzdem gab er implizit den drohenden Charakter der deutschen Politik gegenüber Österreich, der Tscheslowakei und Osteuropa im allgemeinen zu, während er den Antikomintern-Pakt als Schutz für deutsche strategische Zwecke charakterisierte. *Het Volk* hielt an seiner Linie des Mißtrauens fest und fuhr fort, die Dynamik des Nazi-Regimes als den bewegenden Geist hinter der deutschen Politik der 'faits accomplis' zu zeigen. Hitler würde seine Anstrengungen, seine Gegner durch Ausnutzen ihrer friedliebenden Mentalität einzulullen, weiterführen. Hitlers *Mein Kampf* blieb, nach Meinung der sozialistischen Tagespresse, sein Leitfaden für die internationale Politik. Hitlers Slogan "Faschismus oder Kommunismus für Europa" wurde als scheinheilige Entschuldigung für seine expansionistische Politik abgetan. Obwohl der katholische *Maasbode* zu dem Schluß kam, daß dieser Slogan tatsächlich nur ein Vorwand für expansionistische Politik war, hatte er große Schwierigkeiten, diesen Schluß zu ziehen, da er den Kommunismus im Zusammenhang mit sowjetischer Politik als tatsächliche Gefahr sah. Der Bürgerkrieg in Spanien schien das nationalsozialistische Argument, daß die europäische Zivilisation durch den Kommunismus bedroht war und daß Faschismus und Nationalsozialismus ihre Retter waren, zu bestärken. Zum Schluß wies *De Maasbode* Nationalsozialismus als Heilmittel zurück. Seine ideologische Teilung der Welt wurde als "hysterische Falschheit" bezeichnet, die zu der deutschen Kampagne der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion paßte. Bei diesem Balanceakt zwischen ihrem Antikommunismus und Antinazismus hatte die katholische Zeitung die Dynamik der nationalsozialistischen Außenpolitik und deren expansionistische Ziele gegenüber Österreich, der Tschechoslowakei und besonders der Sowjetunion als in *Mein Kampf* skizziert, aufgedeckt. Infolge dieser Übung kam sie der Position der sozialistischen *Het Volk* sehr nahe, obwohl ihre Ausgangspunkte völlig unterschiedlich waren. Die Angst vor dem Kommunismus war beim *De Standaard* so groß, daß er mit seiner Haltung des Verstehens der deutschen Wünsche und Meinungen trotz seiner Ablehnung der deutschen Machtpolitik fortfuhr. Im Gegensatz zu *De Maasbode* waren seine Augen nicht für das deutsche und italienische Verhalten im spanischen Bürgerkrieg offen. Er propagierte eine Beschwichtigungspolitik, die im Vergleich zu der Chamberlains milde war.

Die Münchener Konferenz verursachte nur eine kurzlebige Euphorie, dere eine Atmosphäre dramatischer Verzweiflung folgte. Man wurde des künftigen Krieges und der Gefahren, die den Niederlanden drohten, gewahr. Die deutsche Jagd nach der Vorherrschaft in Europa wurde als Realität betrachtet. Die unvermeidliche Konsequenz der deutschen Expansion nach Osten würde ein Krieg mit den westeuropäischen Mächten sein. Es existierten nicht länger Zweifel über die

²⁰ Die Entlassung des Auslandskorrespondenten der *Nieuwe Rotterdamsche Courant*, Dr. M. van Blankenstein, wurde offiziellem deutschen Druck zugeschrieben; P. STOOP, *Niederländische Presse unter Druck. Deutsche auswärtige Pressepolitik und die Niederlande 1933-1940*, München u.a. 1987, S. 209-232. D. CAN-NEGIETER trat dieser Erklärung entgegen. (*Van Blankensteins ontslag bij de NRC*, in: *NRC/Handelsblad*, 29. Dezember 1987); siehe auch: F. VAN VREE, Ebd., S. 128-136.

deutschen Ziele, und die Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf die Haltung Großbritanniens und Frankreichs und auf die Durchführbarkeit einer neutralen Position der Niederlande.²¹

Diese Zusammenfassung der Haltung der führenden niederländischen Zeitungen zeigte die Meinung der Mehrheit und zwar, daß die Bedrohung des europäischen Machtgleichgewichts vom nationalsozialistischen Deutschland ausging. Die Meinung der niederländischen Regierung aufzudecken, ist sehr viel schwieriger. Infolge ihrer Nichteinmischungspolitik sprach sie nicht deutlich über die allgemeine Natur der deutschen Außenpolitik, sondern zog es vor, bei tagespolitischen Problemen zu bleiben. Deshalb muß ihre Meinung von ihrer Verhaltenslinie in solchen Fällen getrennt werden. Wachsende Verärgerung über das deutsche Verhalten war das einzige Zeichen offiziellen Unbehagens. Die Wirtschaftsbeziehungen wurden in der best erreichbaren Weise fortgesetzt. Jedoch waren die Antworten auf den arroganten Druck der Deutschen in einer fortgesetzten Zahl von Fällen schüchtern, als wären sie durch ängstliche Vorsicht veranlaßt.²² Obwohl die niederländische Verteidigung verstärkt und die militärische Wehrpflicht verlängert wurde, konnte die Überzeugung, daß das Land einem deutschen Angriff erfolgreich Widerstand leisten könnte, nicht geschaffen werden.²³ Der Ausbruch des Krieges im September 1939 änderte diese Haltung nicht. Die Verfolgung einer Neutralitätspolitik wurde aufgrund der exponierten geographischen Situation noch schwieriger. Deutschland würde bewußt jede Abweichung von der proklamierten Neutralität ausnutzen, und die Erwartungen bezüglich militärischer Unterstützung seitens Frankreichs und Großbritanniens waren nicht hoch.²⁴

Die Haltung gegenüber Großbritannien und Frankreich

Der Konsens darüber, daß das nationalsozialistische Deutschland die Quelle der

²¹ VAN VREE (wie Anm. 20), S. 326-336.

²² MANNING (wie Anm. 11), S. 470-471.

²³ C.M. SCHULTEN/P.M.J. KOSTER, *Tussen hoop en vrees. De Nederlandse krijgsmacht in het Interbellum*, in: H. AMERSFOORT/P. KAMPHUIS (Hrsg.), *Mei 1940. De strijd op Nederlands grondgebied*, 's-Gravenhage 1990, S. 63-65.

²⁴ H. LADEMACHER, *Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1990, S. 171-176; H. LADEMACHER, *Niederlande - zwischen wirtschaftlichem Zwang und Entscheidungsfreiheit*, in: E. FORNDRAN u.a. (Hrsg.), *Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung*, Opladen 1976, S. 207-212. Die niederländische Politik gegenüber jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland wurde diskutiert in: B. DE GRAAFF, *"Strijdig met de tradities van ons volk". Het Nederlandse beleid ten aanzien van vluchtelingen in de jaren dertig*, in: *Jaarboek 1987-1988 Buitenlandse Zaken*, 's-Gravenhage 1988, S. 169-187.

Instabilität in Europa war, brachte dennoch keine einhelligen Antworten hervor wenn man die Reaktion auf diese Bedrohung betrachtet. Die niederländischen Zeitungen boten ein großes Meinungsspektrum. Sie zeigten allgemein eine Unsicherheit bezüglich der Effektivität irgendeines Heilmittels für die komplizierte internationale Lage. *Het Volk* optierte für eine nicht weniger direkte Lösung als einen präventiven Krieg. Die Formierung einer eisernen Front gegen Deutschland könnte zukünftige deutsche Aggression und Expansion stoppen. Beschwichtigungspolitik ebenso wie eine zögernde Haltung würden Deutschland Vorteile verschaffen. Der *Nieuwe Rotterdamsche Courant* äußerte dieselbe Meinung bezüglich der Haltung der Westmächte: Die Abkehr von ihrer zögernden Politik gegenüber Deutschland und Italien könnte die internationale Situation, die auf den ersten Blick hoffnungslos wirkte, verändern. Frankreich und Großbritannien sollten die deutsche Politik des 'neuen Heldentums ohne Ritterlichkeit' beschränken. Die westliche Politik der Nichteinmischung in den spanischen Bürgerkrieg jedoch überzeugte diese Zeitungen nicht von der Bereitschaft Frankreichs und Großbritanniens zu einem solchen Verhalten. Dieser Ruf nach einer starken Haltung gegen Deutschland wurde von *De Maasbode* unterstützt, zusammen mit der Ansicht, daß eine gemeinschaftliche Aktion als Schutzmaßnahme für einen Krieg mit Deutschland notwendig war. Wenn möglich sollte die Sowjetunion aus einer solchen Allianz herausgehalten werden.

Vor der Münchener Konferenz herrschte in der Tagespresse die Meinung, daß die internationale Situation nicht unbedingt in einem Krieg enden müsse, wenn Großbritannien und Frankreich eine stärkere Haltung gegenüber Deutschland einnehmen würden. Die Tagespresse war wahrscheinlich der Meinung, daß vor allem eine Abkehr Großbritanniens von der Beschwichtigungspolitik ausreichen würde, die internationale Spannung zu vermindern. Den militärischen Gesichtspunkten wurde keine Aufmerksamkeit geschenkt und die Möglichkeit, eine anti-deutsche Koalition zu schaffen, wurde ebenso beiseite gelassen. Gewissermaßen zeigten diese Kommentare zur internationalen Situation und die Kritik an der schwachen Vorstellung Großbritanniens und Frankreichs auch die lange neutrale Tradition der Niederlande. Die großen Mächte mußten das Problem lösen, da die kleinen Staaten eine andere Position zu haben schienen. Es war, als müßten diese Mächte nach der Abessinien-Krise im Völkerbund und dem Zusammenbruch des Locarno-Vertrags-Systems nach der deutschen Remilitarisierung des Rheinlandes ihre Verantwortlichkeit beweisen, bevor die kleinen Staaten irgendeine Verbindung zu ihrer Deutschlandpolitik erkennen konnten.

Die Münchener Konferenz verstärkte dieses Vertrauen in Frankreich und Großbritannien nicht. Im Gegenteil. Trotz vorheriger Garantien war der Kleinstaat Tschechoslowakei im Interesse des Friedens geopfert worden. In gewissem Maße beinhaltete der Schluß von München das Schicksal Österreichs, nämlich daß das Handeln der Westmächte große Gefahr für die Kleinstaaten in sich trug. All die Kritik konnte das Bewußtsein nicht auslöschen, daß Großbritannien der Führer einer antideutschen Koalition sein würde. Die sozialistische *Het Volk* setzte ihre Warnungen gegen die verhängnisvollen Konsequenzen der Beschwichtigungspolitik fort, die in dem Satz "Man kann keine Diktatoren zähmen, indem man seine Freunde opfert" zusammengefaßt waren. Die anderen Tageszeitungen paßten sich all-

mählich an die britische Beschwichtigungspolitik an. Wegen Hitlers 'Drang nach Osten' war Krieg unvermeidlich. Die nichtreligiösen Zeitungen bedauerten, daß Chamberlain vermied, in Verhandlungen mit der Sowjetunion einzutreten.²⁵

Großbritannien wurde sicherlich nicht als verlässlicher Führer einer westlichen Koalition gegen Deutschland angesehen. Großbritannien fehlte Entschlossenheit und seine Politik wurde als Gefahr für die kleineren Staaten betrachtet. Mit einem vermutlich unvermeidlichen Krieg an der Türschwelle war dies eine düstere Perspektive. Jedoch fehlte jede Alternative, außer dem Festhalten an der Neutralität. Bezüglich dieser Wahl zwischen Neutralität und einem Anschluß an Großbritannien schwiegen die Zeitungen, so natürlich erschien die Neutralität.

Nach der Niederlage des Snouck Hurgronje Plans einer einseitigen Garantie, verhielt sich die niederländische Regierung Großbritannien gegenüber sehr distanziert. Sie beabsichtigte jeden Akt oder Kontakt zu vermeiden, der als Zusammenarbeit oder Vorbereitung zur Zusammenarbeit mit Großbritannien im Kriegsfall erklärt werden konnte. Diese Haltung blieb nach München unverändert. Diese selbstauferlegte Isolation machte sie für die Briten, die über die niederländische Heimlichtuerei sehr besorgt waren, unzugänglich. Das Eis schien gebrochen als Außenminister Patijn während eines Gesprächs zwischen ihm und Lord Halifax am 16. Februar 1939, seine Idee eines Nichtangriffpaktes mit beiden, Großbritannien und Deutschland, vortrug. Frankreich und Belgien könnten eingeschlossen werden. Eine Woche später zog er diesen Vorschlag zurück und kehrte zu einer sehr formalen Neutralitätspolitik zurück. Als einige Monate später während der britisch-sowjetischen Verhandlungen über eine antideutsche Allianz Gerüchte Den Haag erreichten, daß sich auch die Niederlande auf einer Liste von Staaten befänden, denen eine Garantie gegeben werden sollte, wurde der britischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß die niederländische Regierung keinem Verfahren zustimmen konnte, das die internationale Position der Niederlande beeinflussen könnte. Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, entschied die niederländische Regierung ihre Position zu veröffentlichen, da sie bei einem deutschen Garantieangebot Anfang des Jahres 1939 genauso gehandelt hatte. Wie sehr die niederländische Regierung ihre unabhängige Position schätzte, wurde Ende August 1939 nach der Erneuerung der britischen und französischen Garantien gegenüber Belgien wieder deutlich. Die Niederländer forderten von Halifax eine Erklärung, die darlegte, "daß [die britische Regierung] sich davon zurückgehalten habe, der Regierung der Niederlande irgendeine spezielle Versicherung zu geben, da es wohl bekannt sei, daß die letztere nicht besonders wünsche, eine derartige Erklärung zu erhalten, aber daß es trotzdem absurd sei, von der [britischen] Stille in dieser Angelegenheit zu schließen, daß [die britische Regierung] irgendwelche Pläne bezüglich der Niederlande habe."²⁶

Ein Schluß drängt sich in den Vordergrund, wenn man die Haltung der niederländischen Regierung gegenüber Großbritannien betrachtet. Vor dem deutschen Angriff auf Polen im September 1939, hatte sie bereits eine Position strikter Neutralität in ihren Beziehungen zu der britischen (und französischen) Regierung

²⁵ VAN VREE (wie Anm. 19), S. 332-336.

²⁶ WAALWIJK, (wie Anm. 17), S. 158-167 (Zitat auf S. 167).

angenommen. Man sollte jedoch vermeiden, weitreichende Schlüsse zu ziehen. Die niederländische Regierung vermied jeden Schein einer Sicherheitsverbindung mit Großbritannien und Frankreich. Sie zog absolute Stille, totale Isolation zusammen mit einer sehr formalen, neutralen Haltung vor. Dadurch machte sie sich für den Augenblick von der Gnade der großen europäischen Mächte abhängig.

Die belgisch-niederländische Initiative zu einem Friedensappell

Im Gegensatz zur niederländischen handhabte die belgische Regierung ihre Politik der Unabhängigkeit weniger streng. Sie wiederholte ihre Position gegenüber Frankreich und Großbritannien bei mehreren Gelegenheiten und zeigte keine wie immer geartete Bereitschaft, in Militärverhandlungen mit Frankreich einzutreten. Während der Septemberkrise 1938 betonte Außenminister Spaak die Politik der Unabhängigkeit. Im Allgemeinen konnte man einen subtileren Umgang mit internationalen Angelegenheiten ebenso wie mit der Darlegung der eigenen internationalen Position beobachten, als bei seinem nördlichen, legalistischeren Nachbarn. Im Januar 1939 erwies sich diese flexible belgische Haltung als vorteilhaft. Brüssel gab dem britischen Druck zu französisch-belgischen Militärverhandlungen im Hinblick auf einen erwarteten Angriff auf die Niederlande nicht nach. Die belgische Regierung wiederholte ihre Hingabe an die Politik der Unabhängigkeit und ihre fundamentale Absicht, ihre Grenzen im Falle einer (deutschen) Invasion in die Niederlande zu verteidigen. Einer belgischen Initiative zu Militärverhandlungen zeigte man in Den Haag die kalte Schulter.²⁷

Die niederländische Regierung zeigte keine offizielle Vorbereitung darauf, das Schicksalsrad, das sich in Richtung eines europäischen Krieges zu drehen schien, aufzuhalten. Während des offiziellen Besuchs von Königin Wilhelmina in Brüssel im Mai 1939 wurde jedoch eine allgemeine Bedeutung der Konsequenzen eines europäischen Krieges mit König Leopold oberflächlich behandelt. Ein gegenseitiger Meinungsaustausch durch politische und diplomatische Vermittler wurde begonnen. Diese Kontakte mündeten in die Konferenz der Oslo-Staaten am 22. August 1939, die einen gemeinsamen Ruf nach Frieden an die internationale europäische Gemeinschaft bekräftigten. Dieser Aufruf, der von König Leopold am Abend des 23. August 1939 verlesen wurde, richtete an die gegnerischen Parteien und an die anderen Nationen die dringende Bitte, die gegenseitigen Rechte zu respektieren und eine friedliche Lösung für ihre gegenwärtigen Konflikte zu suchen. Die Staatsführer anderer Länder wurden eingeladen, an dieser Bitte festzuhalten. Die Mahnung beeinflusste den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht. Sie war weniger ein Beitrag zur Lösung der internationalen Konfrontation, die in Kürze über Danzig hereinbrechen würde, sondern eher ein Ausdruck der Angst der kleinen Staaten, wie es *The Times* bezeichnete.²⁸

²⁷ HELMREICH (wie Anm. 3), S. 344-346.

²⁸ VAN ROON, (wie Anm. 14), S. 305-313.

Eine Politik der Neutralität oder Unabhängigkeit - oder welcher Euphemismus auch gebraucht wird um die machtlose Position in der internationalen Arena der Machtpolitik zu bezeichnen - schafft keinen Raum für Heldentum. Es ist die Politik der Unterlegenen, die versuchen mit eindrucksvollen Erklärungen bezüglich des wichtigen Beitrages ihrer Haltung zum internationalen Frieden und Wohlstand zu prahlen. Eine derartige, relativ zynische Aussage paßt zu der internationalen Position der Niederlande und Belgiens am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, aber sie beschreibt nicht ihre gesamte Haltung. Beide Länder versteckten sich seit 1936 nicht nur vor dem sich zusammenbrauenden Sturm. Ihr Handlungsspielraum lag innerhalb des kollektiven Sicherheitssystems des Völkerbundes - und im Falle Belgiens ebenso innerhalb des Locarno-Systems - aber als es offensichtlich wurde, daß diese Systeme nicht mehr einwandfrei funktionierten, stiegen beide aus, da sie sich ihrer international exponierten Position bewußt waren. Man sollte jedoch vermeiden, die 1936 von Belgien und den Niederlanden getroffenen Entscheidungen als eine Rückkehr zur traditionellen Politik der Neutralität und Nicht-Einmischung zu bezeichnen. Sicher, ihr Verhalten in den folgenden Jahren schien diese Qualifizierung zu bestätigen, aber das war nur eine oberflächliche und irreführende Beobachtung. Es war wichtig, daß Belgien und die Niederlande versuchten, die entstehende internationale politische und ökonomische Krise der dreißiger Jahre mit einer bescheidenen Art der Blockbildung in der Oslo-Gruppe zu beantworten. Man sollte in diesem Zusammenhang jedoch weniger betonen, daß diese Gruppe aufgrund ihrer Zusammensetzung als Zusammenschluß von Randstaaten ohne ausreichende gegenseitige Abhängigkeit zum Scheitern verurteilt war. Jedoch war es bedeutungsvoll, daß die Mitglieder der Gruppe versuchten, das traditionelle internationale Handelssystem herauszufordern, daß sie versuchten, unabhängig von den Großmächten zu arbeiten. Sie versagten dabei, aber die Anstrengung als solche könnte als Hinweis interpretiert werden, daß sie sich der sich verändernden internationalen Bedingungen bewußt waren. Konzentriert man die Aufmerksamkeit auf Belgien und die Niederlande, könnte man schließen, daß ihr Verhalten sich nicht von dem in früheren Zeiten der Neutralität unterschied. Es treten jedoch zwei bedeutsame Veränderungen in den Mittelpunkt. Das Vertrauen auf die 'natürlichen Verbündeten' war erschüttert worden und anstatt einer tatsächlichen Nicht-Einmischung nach dem Ausbruch des Krieges, entwickelten beide Länder Aktivitäten, die das Ende des Krieges und die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa mittels eines Kompromißfriedens ins Auge faßten. Ohne den Inhalt und die Aussichten der Friedensvorschläge des Sitzkrieges zu betrachten, muß man diese Verhaltensänderung vermerken. Es heißt zu stark zu vereinfachen, wenn man vorschlägt, daß solche Aktivitäten durch eine der kriegführenden Mächte inspiriert waren, da die sofortige Konsequenz eines jeden Friedensunternehmens Krieg auf dem eigenen Territorium sein konnte. Könnte es sein, daß dieses Verhalten der Ausdruck einer unterbewußten Kenntnis war, daß internationale Konflikte das grundlegende Interesse der Großmächte waren, daß aber kleine Staaten nicht länger völlig unbeteiligt bleiben konnten?